



## Beschluss

### des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Thomas Kreuzer, Karl Freller, Erwin Huber, Klaus Stöttner, Peter Winter, Dr. Franz Rieger, Dr. Florian Herrmann, Martin Bachhuber, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Markus Blume, Alex Dorow, Norbert Dünkel, Wolfgang Fackler, Alexander Flierl, Judith Gerlach, Max Gibis, Christine Haderthauer, Hans Herold, Klaus Holetschek, Dr. Martin Huber, Sandro Kirchner, Alexander König, Harald Kühn, Manfred Ländner, Otto Lederer, Ludwig Freiherr von Lerchenfeld, Andreas Lorenz, Walter Nussel, Dr. Hans Reichhart, Tobias Reiß, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Alfred Sauter, Thorsten Schwab, Dr. Harald Schwartz, Reserl Sem, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Peter Tomaschko, Ernst Weidenbusch, Georg Winter, Mechthilde Wittmann** und **Fraktion (CSU)**

Drs. 17/9230, 17/9666

### **Novellierung des Vergaberechts mittelstands- und kommunalfreundlich gestalten**

Der Landtag begrüßt die Initiative der Bundesregierung, das Vergaberecht zu reformieren und zu vereinfachen, mit der die bisher in verschiedenen Regelwerken enthaltenen Vorschriften zur Vergabe von Liefer- und Dienstleistungen oberhalb des EU-Schwellenwerts in einer Verordnung zusammengefasst werden.

Der Landtag spricht sich jedoch gegen die im vorgelegten Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie enthaltene Änderung aus, wonach der Wert von Dienstleistungen, die in einem „funktionalen Zusammenhang“ stehen, bei der Berechnung des Auftragswerts zusammenzurechnen ist, ohne zu berücksichtigen, ob es sich um gleichartige oder verschiedene Dienstleistungen handelt. Dies führt zu mehr Bürokratie für Mittelstand, Staat und Kommunen, ohne einen Beitrag zur Erfüllung der angestrebten Ziele zu leisten.

Der Landtag fordert die Staatsregierung ferner auf, bei den derzeit laufenden Gesprächen mit der Bundesregierung auch weiterhin auf eine Eins-zu-Eins-Umsetzung der Europäischen Vergaberichtlinien zu drängen. Dies gilt auch für die im Referentenentwurf des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie bisher noch nicht explizit übernommene, kommunalfreundliche Bestimmung in den Vergaberichtlinien, wonach unter bestimmten Voraussetzungen bei eigenverantwortlichen Beschaffungen durch eigenständige Organisationseinheiten die Auftragswerte der einzelnen Einheiten gesondert betrachtet werden können.

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident